

Regressansprüche des Kfz-Haftpflichtversicherers

Christian Wagner¹

I. Einleitung

Die vordergründige Aufgabe des Haftpflichtversicherers ist es, das Risiko des Versicherungsnehmers zu übernehmen, von einem Dritten auf Schadensersatz in Anspruch genommen zu werden. Wegen des im Bereich der Kfz-Versicherung bestehenden Direktanspruchs des Geschädigten gegen den Versicherer aus § 115 Abs. 1 VVG wird sich der Kfz-Haftpflichtversicherer in Rechtsstreitigkeiten regelmäßig auf der Passiv-Seite wieder finden, als derjenige, der seiner gegenüber dem Versicherungsnehmer bzw. gegenüber dem Geschädigten bestehenden vertraglichen oder gesetzlichen Pflicht nachkommt, die Schadensersatzansprüche zu befriedigen oder unberechtigte Ansprüche abzuwehren. Der folgende Beitrag widmet sich dem Haftpflichtversicherer in anderer Rolle: als Anspruchsinhaber, Aktivlegitimierten, Regressierenden, Kläger. Es werden die häufigsten und damit auch wichtigsten Regress-Ansprüche des Haftpflichtversicherers unter Berücksichtigung einiger praxisrelevanter Probleme und Streitigkeiten dargestellt, wobei der Umfang der Darstellung sich an der Häufigkeit in der anwaltlichen und gerichtlichen Praxis orientiert. Es wird aufgezeigt, dass die Regresskonstellationen mannigfaltig sind und sich gegen unterschiedlichste Schuldner (Versicherungsnehmer, Versicherte, andere Versicherer oder Schädiger, Werkstätten, Gutachter, Verkehrsregelungspflichtige) richten können.

II. Ansprüche gegen den Versicherungsnehmer

1. Nichtzahlung der Erstpremie (§ 37 VVG)

Die jahrelange praktische Erfahrung des Autors legt die Einschätzung nahe, dass die Fälle des Regressanspruchs wegen Nichtzahlung der Erst- oder Folgepremie immer häufiger werden und sicherlich den größten Anteil der von den Versicherern durchgeführten Rechtsstreitigkeiten ausmachen.

a) Begriff der Erstpremie

Der Versicherer ist berechtigt, seine Aufwendungen, die er an den Geschädigten unabhängig von dem versicherungsvertraglichen Innenverhältnis (§ 117 Abs. 1 VVG) zu erbringen hatte, vom Versicherungsnehmer zurück zu verlangen, wenn dieser seiner wichtigsten Pflicht, der Zahlung der Premie, nicht nachkommt. Die Erstpremie ist die erstmals zu entrichtende Premie, bei Vereinbarung einer Ratenzahlung

¹ Der Autor ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Versicherungsrecht und Fachanwalt für Verkehrsrecht bei der Prof. Dr. Holzhauser und Partner Rechtsanwälte GbR in Dresden

(monatlich, vierteljährlich, halbjährlich) also die erste Rate. Ist allerdings aufgrund vertraglicher Regelung der Gesamtbetrag sofort fällig und stundet der Versicherer die Premie, gilt der Gesamtbetrag, also regelmäßig der Jahresbetrag, als Erstpremie². Wird ein alter Versicherungsvertrag durch einen neuen ersetzt, stellt sich das Problem, ob die erste Premie nach dem neuem Vertrag Erst- (§ 37 VVG) oder Folgepremie (§ 38 VVG) ist. Hier gilt die Regel, dass es sich um eine Folgepremie handelt, wenn der neue Vertrag den alten lediglich abändert, wobei die Bezeichnung als „Nachtrag 1 zum Vertrag vom...“ lediglich ein Indiz für eine bloße Änderung sein kann³. Wenn inhaltlich ein neuer Vertrag mit wesentlichen materiellen Änderungen geschlossen wird, handelt es sich bei der zuerst zu entrichtenden Premie auch um eine Erstpremie im Sinne des § 37 VVG⁴. Entscheidend ist dabei die Gesamtwertung⁵, wobei eine Vermutung gegen den Willen des Versicherungsnehmers sprechen soll, einen neuen Vertrag abzuschließen zu wollen⁶.

b) Nicht rechtzeitige Zahlung

Bei der Frage, wann eine Zahlung „nicht rechtzeitig“ im Sinne des § 37 VVG ist, wird entscheidend auf die Leistungshandlung abgestellt, also nicht etwa auf den Zeitpunkt der Erfüllung/Tilgung, aber auch nicht auf der Leistungshandlung vorausgehende Tätigkeiten, wie den Einwurf des Briefs mit der Überweisung an die Bank bei der Post⁷. Die Premie muss grundsätzlich vor Eintritt des Versicherungsfalls gezahlt sein. Der Verzug mit nur einem kleinen Teil reicht grundsätzlich aus⁸.

Voraussetzung für den Premienverzug ist stets eine inhaltlich präzise Erstpremienanforderung (zutreffende Bezifferung, richtige aktuelle Berechnung, richtige Kennzeichnung). Bereits eine geringfügige Mehrforderung führt zur Unwirksamkeit der Anforderung⁹. Es ist eine klare Trennung zwischen Erst- und sonstigen Premien oder anderen Forderungen (Mahngebühr, Rücklastschriftgebühr o.a.) vorzunehmen. Im Lastschriftverfahren muss für jede fällige Einzelpremie ein eigener Lastschriftbeleg angefordert werden, damit ein Widerspruch gegen jede einzelne Premie möglich ist. Der Versicherer hat den Nachweis des Zugangs der ordnungsgemäßen Zahlungsaufforderung zu erbringen¹⁰. Es gibt keinen Anscheinsbeweis dafür, dass ein zur Post gegebener Brief auch zugeht. Allerdings wird der Zugangsnachweis in der Praxis häufig dadurch geführt, dass ein

² BGHZ 21, 122; 47, 352.

³ OLG VersR 1976, 1032; OOGH VersR 1986, 271.

⁴ OLG Köln VersR 2002, 1225.

⁵ BGH r+s 1989, 22; OLG Hamm r+s 1987, 166; OLG Saarbrücken VersR 2008, 57.

⁶ Str.; ein neuer Vertrag mit Erstpremie wird jedenfalls bei Erweiterung eines reinen Haftpflichtvertrages auf einen Kasko-Vertrag anzunehmen sein, vgl. etwa LG Würzburg VersR 1969, 52.

⁷ BGH NJW 1964, 499.

⁸ Im Einzelfall Einwand des § 242 BGB denkbar, aber i.d.R. nicht, BGH VersR 1986, 54; Beispiele: geringfügig: 4,40 von 104,40 DM, OLG Köln ZfV 1959, 668; nicht geringfügig: 52,50 DM von 1052,50 DM, BGH VersR 1985, 982.

⁹ BGH VersR 1985, 447; VersR 1988, 484.

¹⁰ Zum Beispiel durch Vorlage des Ruckscheins des Einschreibens, mit dem der Versicherungsschein und die Zahlungsaufforderung versandt wurden, vgl. etwa LG Konstanz, zfs 2008, 30.

Reaktionsschreiben des Versicherungsnehmers vorgelegt wird, in welchem er auf die Zahlungsaufforderung Bezug nimmt. Auch dadurch, dass der Versicherungsnehmer exakt den Betrag (verspätet) begleicht, den er nur aus der Zahlungsaufforderung kennen kann, wird der Zugang derselben nachgewiesen.

c) Rechtsfolge des Pramienverzugs

Ist die Zahlung der Erstpremie nicht rechtzeitig erfolgt, kann der Versicherer nach § 37 Abs. 1 VVG vom Vertrag zurücktreten, wenn der Versicherungsnehmer die verspätete oder fehlende Zahlung verschuldet hat. Nachdem die Fiktion des § 38 Abs. 1 VVG (a.F.) entfallen ist, muss der Rücktritt ausdrücklich erklärt werden. Der Versicherungsnehmer hat nachzuweisen, dass die Nichtzahlung nicht von ihm zu vertreten ist¹¹. Allerdings besteht keine Hinweispflicht auf die Rucktrittsberechtigung, wobei insoweit mit dem Unterschied zur hinweispflichtigen Leistungsfreiheit im Sinne des § 37 Abs. 2 VVG argumentiert wird¹². Die in der Praxis häufig zum Nachweis des angeblich fehlenden Vertretenmussens herangezogenen finanziellen Schwierigkeiten entlasten den Versicherungsnehmer nie¹³.

Der Versicherer wird im Verhältnis zum Versicherungsnehmer nach § 37 Abs. 2 VVG von der Leistungsverpflichtung befreit, wenn der Versicherungsschein nicht durch rechtzeitige Prämienzahlung eingelöst (sogenannten „Einlosungsprinzip“¹⁴) wird. Problematisch ist in diesem Zusammenhang das vierzehntagige¹⁵ Widerrufsrecht des § 8 VVG sowie die Pramienfalligkeit, die nach § 33 VVG erst vierzehn Tage nach Erhalt des Versicherungsscheins eintritt. Da der Versicherungsnehmer zwei Wochen Zeit hat, innerhalb dieser Zeit aber bereits ein Unfall eintreten kann, kann ein Konflikt der unterschiedlichen Regelungen auftreten, der aber wie folgt sachgerecht zu lösen ist: Erfolgt die Zahlung innerhalb der ersten beiden Wochen nach Erhalt des Versicherungsscheins, so besteht Deckung auch für einen Verkehrsunfall, der sich zuvor ereignet¹⁶.

Die Reform des VVG brachte die Belehrungspflicht des § 37 Abs. 2 S. 2 VVG mit sich, wonach über die Leistungsfreiheit des Versicherers durch besondere Mitteilung in Textform oder einen auffälligen Vermerk im Versicherungsschein belehrt werden muss. Dies hat drucktechnisch deutlich ausgestaltet zu erfolgen und wird in der Regel auf der Vorderseite des Versicherungsscheins oder durch einen fettgedruckten Hinweis auf die Belehrung auf der Rückseite angebracht¹⁷. Die Belehrung muss vollständig, verständlich und inhaltlich zutreffend sein, wobei die Gerichte gelegentlich von Amts wegen die Form der Belehrung überprüfen und die bloße Behauptung selbst dann, wenn sie (noch) nicht bestritten ist, nicht ausreichen lassen.

¹¹ Unter Hinweis auf den Gesetzeswortlaut „es sei denn“: *Prölss/Martin-Knappmann*, 28. Aufl. 2010, § 37 Rdnr. 16.

¹² H.M., vgl. etwa *Prölss/Martin-Knappmann*, a.a.O., § 37 Rdnr. 16; a.A. *Gitzel*, *VersR* 2007, 323.

¹³ *Palandt-Grüneberg*, § 276 Rdnr. 28.

¹⁴ Siehe hierzu *Rüffer/Halbach/Schimikowski-Karczewski*, *Versicherungsvertragsgesetz* § 37 Rdnr. 14 f.

¹⁵ Der Versicherungsvertrag kann bis zum Ablauf von vierzehn Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins widerrufen werden.

¹⁶ Vgl. dazu etwa *Prölss/Martin-Knappmann*, a.a.O., § 37, Rdnr. 20.

¹⁷ Vgl. LG Bremen *VersR* 1995, 287.

In diesem Zusammenhang sind die sogenannten „erweiterten Einlosungsklauseln“ in den AKB problematisch, wonach der Versicherungsschutz erst mit der Zahlung beginnt, aber rückwirkend gewährt wird, wenn die Prämienzahlung unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, erfolgt, nachdem der Versicherungsnehmer die Zahlungsaufforderung erhalten hat. Hier ist nach (noch) h.M. keine Belehrung erforderlich, wobei das Vertragsverhältnis rückwirkend unter der Bedingung rechtzeitiger Zahlung begründet worden sein soll¹⁸. Im Hinblick auf die Auffassung des BGH¹⁹, dass die Belehrungspflicht auch dann bestehe, wenn der Versicherungsschutz nur für die Zukunft entfällt, ist zweifelhaft, ob die herrschende Auffassung zu halten ist, da ein Versicherungsnehmer, der wegen Pramienruckstandes rückwirkend keinen Versicherungsschutz erlangt, nicht weniger schutzwürdig sein dürfte, als ein Versicherter, bei dem der Versicherungsschutz rückwirkend entfällt.

Eine rechtzeitige Zahlung der Erstpremie durch Aufrechnung ist nur möglich, wenn die Gegenforderung des Versicherungsnehmers vor dem Zeitpunkt des § 33 Abs. 1 VVG, also vor Ablauf von vierzehn Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins entstand. Allerdings muss die Aufrechnungsmöglichkeit dem Versicherer bekannt sein können. Im Einzelfall kommt als Gegenforderung auch die streitige Versicherungsforderung in Betracht, aber nur, wenn der Versicherungsnehmer zum Zeitpunkt des Versicherungsfalles noch nicht zur Zahlung verpflichtet war. Dies gilt auch, wenn der Versicherungsnehmer zum Zeitpunkt des Falligwerdens der Premie bedingungsgemäß noch keine Zahlung verlangen kann.²⁰

2. Nichtzahlung der Folgepremie, § 38 VVG

Mit Folgepremie wird jede Premie bezeichnet, die nicht Erstpremie im Sinne des § 37 VVG ist²¹. Eine nicht rechtzeitige Zahlung der Folgepremie setzt keinen Verzug, sondern einen objektiven Pramienruckstand voraus. Der Unterschied führt etwa dazu, dass der Versicherer eine ihm erteilte Bankeinzugsermachtigung nutzen muss, da sonst kein Rückstand eintreten kann.

Gesetzliche Anspruchsvoraussetzung der Leistungsfreiheit nach § 38 VVG ist der Zugang der sogenannten qualifizierten Mahnung an den Pramienschuldner²², mit der eine Zahlungsfrist von mindestens zwei Wochen gesetzt wird. Die meisten Versicherer versenden die qualifizierte Mahnung aus wirtschaftlichen Gründen ohne Zustellungsnachweis (z.B. Einschreiben mit Rückschein), was in der Praxis zu einem erheblichen Nachweisproblem des regressierenden Versicherers führt, da sich der Pramienschuldner auf ein einfaches Bestreiten des Zugangs beschränken kann. Der Versicherer kann den Zugangsnachweis aber auch dadurch führen, dass er Korrespondenz vorlegt, in welcher der Versicherungsnehmer auf die Mahnung Bezug nimmt, oder indem er eine (verspätete) Zahlung des Schuldners nachweist, deren

¹⁸ OLG Oldenburg r+s 2005, 213; OLG München NVersZ 2002, 216; OLG Hamm VersR 1994, 1098.

¹⁹ VersR 2006, 213.

²⁰ Str.; BGH VersR 1985, 77; OLG Frankfurt/M. VersR 2006, 537; a.A. OLG Hamm VersR 1996, 1408.

²¹ BGHZ 21, 122; 44, 178.

²² Pramienschuldner und Versicherungsnehmer können auseinanderfallen.

Höhe – etwa inklusive geltend gemachter Mahnkosten – dieser nur kennen konnte, wenn ihm die qualifizierte Mahnung zugegangen ist.

In der Mahnung ist der rückständige und der verlangte Betrag exakt zu bestimmen, zu erläutern und aufzuschlüsseln. Selbst eine geringfügige Zuvielforderung führt zur Unwirksamkeit der Fristsetzung, wobei eine zu geringe Forderung demgegenüber unschädlich ist.²³ Auch Zinsen und geltend gemachte Kosten sind aufzuschlüsseln. Wirksamkeitsvoraussetzung ist auch eine Belehrung über die Säumnisfolgen und die Möglichkeiten, diese abzuwenden.²⁴

Die nachgewiesene Mahnung, mit der die einmonatige Nachfrist des § 38 Abs. 3 S. 3 VVG in Gang gesetzt wird, führt dazu, dass ein Zahlungsrückstand bei einer Zahlung vor Fristablauf zwar folgenlos bleibt, der Versicherer bei nicht (rechtzeitiger) Zahlung aber zur Kündigung berechtigt ist. Zudem wird der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung für den Fall befreit, dass sich der Versicherungsnehmer zum Zeitpunkt des Versicherungsfalles noch in Verzug befindet. Wie schon bei der Erstpremie setzt auch hier Verzug Verschulden voraus, wobei finanzielle Schwierigkeiten unerheblich sind. Erfolgt die Prämienzahlung noch vor dem Versicherungsfall, besteht der Versicherungsschutz, falls eine eventuelle Kündigung des Versicherers noch nicht wirksam geworden ist. Wird erst nach dem Eintritt des Versicherungsfalles gezahlt, besteht Versicherungsschutz nur, wenn die Zahlung vor Ablauf der gesetzten Frist erfolgt ist. Nimmt der Versicherer aber trotz wirksam gewordener Kündigung weiter rügelos Folgepramienzahlungen entgegen, kann er sich nach § 242 BGB nicht auf Leistungsfreiheit berufen²⁵, weshalb die Fortsetzung der Prämienzahlungen trotz Kündigung sinnvoll sein kann.

3. Verletzung von Obliegenheiten vor dem Versicherungsfall § 28 Abs. 1 und 2 VVG

Die praktisch bedeutsamsten Obliegenheiten vor dem Versicherungsfall sind die zweckwidrige Verwendung des Fahrzeugs (D.1.1 AKB 2008), die Schwarzfahrt (D.1.2 AKB 2008), die Fuhlerscheinklausel (D.1.3. AKB 2008), die Fahruntugigkeit (D.2.1 AKB 2008) und die Teilnahme an nicht genehmigten Rennen (D.2 AKB 2008). Eine zweckwidrige Verwendung wird etwa bei der Benutzung eines Pkw als Miet- oder Leasingwagen angenommen, wobei eine gelegentliche Nutzung als Selbstfahrervermietfahrzeug ausreicht²⁶, bei der Benutzung eines Lastkraftwagens im Guterfern- statt im Güternahverkehr, bei dem Gebrauch eines für die Landwirtschaft zugelassenen Traktors als Bauhilfsfahrzeug oder Wagen für einen Fastnachtsumzug²⁷, allerdings nicht bei ständiger Mitnahme von Arbeitskollegen, die sich nur an den Kosten beteiligen²⁸.

²³ BGH VersR 1985, 533, 1986, 986; OLG Hamm VersR 1976, 1032.

²⁴ Vgl. hierzu BGH NJW-RR 1988, 1431.

²⁵ BGH VersR 1963, 376.

²⁶ OLG Koblenz NVersZ 2000, 138; KG VersR 1962, 279; OLG Schleswig VersR 1968, 487.

²⁷ OLG Karlsruhe NJW 1987, 212.

²⁸ Vgl. dazu *Brenzel*, VersR 1960, 579.

Die Verpflichtung, keinen nicht berechtigten Fahrer wissentlich zuzulassen²⁹ (Schwarzfahrt), trifft neben dem Fahrer nach der Reform des VVG auch den Versicherungsnehmer, Halter und Eigentümer des Fahrzeugs. Die Erlaubnis kann jeder erteilen, dem der Wagen zur selbständigen Nutzung überlassen wurde, wenn er über die Nutzung bestimmen darf.

Im Sinne der sogenannten Fuhlerscheinklausel ist Fahrer, wer unter eigener Verantwortung das Fahrzeug zum Zeitpunkt des Unfalls lenkt, wobei ein Fahrschüler wohl ebenfalls als Fahrer anzusehen ist, allerdings keine Fahrerlaubnis haben muss³⁰. Die Fahrerlaubnis muss in dem Land gelten, in welchem gefahren wird³¹. Ist die Fahrerlaubnis entzogen, aber noch nicht abgegeben, liegt eine objektive Pflichtverletzung vor.

Von hoher praktischer Relevanz ist die Obliegenheitsverletzung der Fahruntüchtigkeit. Versicherungsnehmer, Halter und Eigentümer dürfen einem fahruntüchtigen Fahrer das Fahrzeug nicht überlassen. Bei absoluter Fahruntüchtigkeit (ab 1,1 ‰) gilt nicht nur eine unwiderlegbare Vermutung für Fahruntüchtigkeit, sondern auch der Anscheinsbeweis für die Kausalität zwischen Alkoholisierung und Unfall. Die allgemeine Möglichkeit, dass auch einem Nüchternen der Fahrfehler hätte unterlaufen können, lässt die Vermutung der Kausalität unberuhrt³². Bei relativer Fahruntüchtigkeit müssen weitere Umstände hinzukommen, wie etwa grobe Fahrfehler, Feststellungen im Blutabnahmeprotokoll, auffälliges Verhalten des Fahrers oder ähnliches. Je näher der Alkoholgehalt an 1,1‰ heranreicht, umso geringer sind die Anforderungen an die weiteren Indizien für eine Fahruntuchtigkeit³³. Allerdings kann aus einer unangepassten Fahrweise nur dann auf relative Fahruntüchtigkeit geschlossen werden, wenn die Gefahr hätte erkannt werden konnen³⁴. Fahruntüchtigkeit wird auch dann angenommen, wenn die Gefahrensituation zwar auch von einem Nüchternen nicht hätte gemeistert werden können, sich der Fahrer aber erst alkoholbedingt in diese Situation gebracht hat³⁵.

Als Folge der Verletzung einer Obliegenheit vor dem Versicherungsfall steht dem Versicherer ein Kündigungsrecht zu. Seine Leistungsfreiheit ist nunmehr abhängig vom Verschuldensgrad (quotale Leistungskürzung) sowie von der Kausalität zwischen der Obliegenheitsverletzung und dem Eintritt des Versicherungsfalls. So erwarten den Versicherungsnehmer bei Schuldlosigkeit und einfacher Fahrlässigkeit keinerlei Sanktionen. Bei (vom Versicherer zu beweisendem) Vorsatz hat er ein Recht zur fristlosen Kündigung binnen Monatsfrist ab Kenntnis. Hinzu kommt die Leistungsfreiheit, falls dem Versicherungsnehmer nicht der Kausalitätsgegenbeweis gelingt, was wiederum bei Arglist ausgeschlossen ist. Eine grob fahrhlassige Verletzung führt – neben dem Kündigungsrecht des Versicherers – zu einer Leistungskürzung, je nach Schwere des Verschuldens.

²⁹ Der Versicherer hat die fehlende Berechtigung des Fahrers zu beweisen, vgl. etwa *Feyock/Jacobsen/Lemor*, Kraftfahrtversicherung, 3. Aufl.2009, AKB 2008 D, Rdnr. 28.

³⁰ Sehr str., aber h.M., *Prollss/Martin-Knappmann*, a.a.O., AKB 2008 D.1 Rdnr. 20; anders etwa OLG Köln r+s 1989, 313.

³¹ OOGH VersR 2008, 151.

³² OLG Naumburg VersR 2005, 1233.

³³ OLG Saarbrücken VersR 2009, 1068.

³⁴ BGH ZfS 2005, 394.

³⁵ OLG Düsseldorf NJW-RR 2001, 101.

4. Verletzung von Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall, § 28 Abs. 4 VVG

Die wichtigsten vertraglichen Obliegenheiten sind insoweit die Anzeigepflicht, die Aufklärungspflicht, die auch das Gebot erhält, sich nicht unerlaubt vom Unfallort zu entfernen, die Schadensminderungspflicht und die Pflicht, dem Versicherer die Führung eines Rechtsstreits zu überlassen.

Auch hier bleiben Pflichtverletzungen bei Schuldlosigkeit und einfacher Fahrlässigkeit sanktionslos, führen aber bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit zur Leistungsfreiheit bzw. Leistungskürzung, soweit der Versicherer (bei Auskunfts- oder Aufklärungsobliegenheiten) durch gesonderte Mitteilung in Textform über diese Konsequenzen aufgeklärt hat und der Versicherungsnehmer nicht den Kausalitätsgegenbeweis führt. Ein Kündigungsrecht steht dem Versicherer aber – im Gegensatz zu den Fällen der Obliegenheiten vor dem Versicherungsfall – nicht zu.

Erfahrungsgemäß werden die meisten Regresse wegen der Verletzung von Obliegenheitspflichten nach dem Versicherungsfall geführt, wenn der Versicherte unfallflüchtig war. Bei Verwirklichung des Tatbestandes des § 142 StGB wird grundsätzlich eine Obliegenheitsverletzung angenommen³⁶. Eine Belehrung im Sinne des § 28 Abs. 4 VVG ist hier nicht erforderlich, da die Verpflichtung spontan zu erfüllen ist. Die neuen AKB begründen regelmäßig eine ausdrückliche Verpflichtung, am Unfallort zu verbleiben, sodass es auf die Verwirklichung des Straftatbestandes nicht mehr ankommt. Der Kausalitätsgegenbeweis ist in solchen Fällen kaum zu führen, da zumindest eine Trunkenheitsfahrt selten auszuschließen sein wird. Nach einem jüngeren Urteil des LG Düsseldorf³⁷, welches den herrschenden Meinungsstand gut wiedergibt, ist der Versicherer wegen einer Obliegenheitsverletzung vollständig leistungsfrei, wenn der Versicherungsnehmer im Schadensfall den Unfallort unerlaubt verlässt, ohne die Unfallaufnahme durch die Polizei abzuwarten. Dies gelte auch, wenn der Versicherungsnehmer eine Stunde nach dem Unfall als Verursacher identifiziert werden kann und unabhängig davon, ob die Obliegenheitsverletzung für die Feststellung oder den Umfang der Leistungspflicht ursächlich ist, da das Verlassen des Unfallstelle selbst bei eindeutiger Haftungslage ein vertragswidriges Verhalten darstelle.

5. Gefahrerhöhung, §§ 23 ff. VVG

Anlass für Regressansprüche des Haftpflichtversicherers können auch (subjektive, § 23 Abs. 1 VVG, subjektiv unerkannte, § 23 Abs. 2 VVG, objektive, § 23 Abs. 3 VVG) Gefahrerhöhungen sein. Eine Gefahrerhöhung ist eine nachträgliche Erhöhung der bei Vertragsschluss tatsächlich vorhandenen gefahrerheblichen Umstände, die den Eintritt des Versicherungsfalles oder die Vergrößerung des Schadens wahrscheinlicher macht, wobei der neu geschaffene Gefahrenzustand von gewisser Dauer sein muss³⁸. Typischer Fall ist die zu einem Unfall führende Fahrt des Versicherungsnehmers mit völlig abgefahrenen Reifen.

³⁶ Vgl. statt vieler OLG Brandenburg SP 2007, 261.

³⁷ Urteil v. 18.6.2010 – 3 U 182/08.

³⁸ BGH NJW 1951, 231; OLG Düsseldorf VersR 1997, 231; OLG Schleswig VersR 1984, 954.

Eine Gefahrerhöhung in diesem Sinne führt bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit zu einem Recht des Versicherers auf fristlose Kündigung, bei einfacher Fahrlässigkeit oder bei Verstoß gegen die nachträgliche Anzeigepflicht im Falle objektiver oder subjektiv unerkannter Gefahrerhöhung zu einem Kündigungsrecht binnen Monatsfrist. Wahlweise kann sich der Versicherer auch für eine Pramienerhohung entscheiden, welche bei mehr als zehn Prozent wiederum zu einem Recht des Versicherungsnehmers auf eine fristlose Kündigung binnen eines Monats führt. Eine Leistungsfreiheit, die zu einem Regressanspruch des Versicherers führen kann, ist somit nur noch bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz möglich.

6. Anspruchsgrundlagen für den Regress

Ist der Versicherer aus einem der zuvor dargestellten Gründe gegenüber dem Versicherungsnehmer von der Verpflichtung zur Leistung befreit, musste er jedoch aufgrund eines Direktanspruchs an den Geschädigten zahlen, hat er einen Rückgriffsanspruch gegen seinen Vertragspartner. § 116 VVG bestimmt eine Ausgleichspflicht im Sinne des § 426 Abs. 1 S. 1 BGB. Versicherer, Versicherungsnehmer und Versicherter gelten hier als Gesamtschuldner, wobei der Versicherer im Innenverhältnis grundsätzlich aufgrund der vertraglich übernommenen Verpflichtung alleine haftet. Reguliert der Versicherer aber nach § 117 VVG trotz im Innenverhältnis bestehender Leistungsfreiheit, haften ihm gegenüber Versicherungsnehmer oder Versicherter nach § 116 Abs. 1 S. 3 VVG alleine. Insoweit kann er nicht nur Ersatz der Entschädigungsleistung, sondern auch die notwendigen Auslagen (z.B. Kosten für Gutachten und Aktenauszüge) ersetzt verlangen. Dabei unterliegt er aber Regressbeschrankungen. Bei der Verletzung von Obliegenheiten vor dem Versicherungsfall ist der Regress gemäß § 5 Abs. 3 KfzPflVV auf 5.000 € beschränkt. Bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger (letzteres nur bei Einfluss auf die Feststellung der Leistungspflicht) Verletzung von Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall gilt die Regress-Beschränkung auf 2.500 € (§ 6 Abs. 1, 2 KfzPflVV), bei besonders schwerer vorsätzlicher Verletzung der Aufklärungs- oder Schadensminderungspflicht die auf 5.000 € (§ 6 Abs. 3 KfzPflVV).

II. Ansprüche gegen den Versicherten

Gerade im Bereich der Kraftfahrzeugversicherung interessiert die Frage, inwieweit die Obliegenheiten (vor und nach dem Versicherungsfall), die in erster Linie durch einen Vertrag begründet werden, an dem nur der Versicherer und der Versicherungsnehmer beteiligt sind, auch für sonstige Versicherte, also insbesondere den Fahrer, der nicht gleichzeitig Versicherungsnehmer ist, gelten.

Nach § 2 Abs. 2 KfzPflVV sind Halter, Eigentümer, Fahrer, angestellter Beifahrer, Omnibusschaffner und Arbeitgeber oder öffentliche Dienstherrn des Versicherungsnehmers bei dienstlichem Gebrauch des Kraftfahrzeuges mitversicherte Personen in der Kfz-Pflichtversicherung. Ergänzend regelt die Ziffer A.1.2 AKB 2008, dass der Schutz der Kfz-Haftpflichtversicherung für Versicherungsnehmer, Halter, Eigentümer, Fahrer, angestellter Beifahrer, Omnibusschaffner, Arbeitgeber oder öff. Dienstherrn gelte. Diese Personen können

Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag selbständig gegen Versicherer erheben³⁹, wobei dies auch für unberechtigte Fahrer gilt. Klarstellend ist in Ziffer F.1 AKB 2008 ausgeführt, dass die Regeln zu den Pflichten des Versicherungsnehmers sinngemäße Anwendung auf mitversicherte Personen finden. Dass auch der Versicherte die Freistellung von Ansprüchen Dritter bei Versicherung für fremde Rechnung verlangen kann, ist in § 44 Abs. 1 S. 1 VVG geregelt, der durch § 47 VVG ergänzt wird, nach dem bei Versicherung für fremde Rechnung auf die Kenntnis und das Verhalten des Versicherten abzustellen ist. Da der Versicherte somit in gleicher Weise wie der Versicherungsnehmer durch den Versicherer geschützt wird, ist es sachgerecht, ihm auch die Obliegenheiten, die er zu erfüllen in der Lage sein kann, zu übertragen.

Somit ist der Versicherer auch gegenüber dem Versicherten leistungsfrei, wenn der Versicherte selbst alle gesetzlichen oder vertraglichen Voraussetzungen erfüllt hat, die beim Versicherungsnehmer zur Leistungsfreiheit geführt hatzen. Die Obliegenheitsverletzung kann dann folgerichtig nur dem Versicherten, nicht dem Versicherungsnehmer entgegen gehalten werden, es sei denn, der Versicherte ist dessen Reprasentant⁴⁰. Der Regressanspruch des Versicherers besteht somit in diesem Fall gegen den Versicherten, was sowohl für die Obliegenheiten vor als nach dem Versicherungsfall gilt. Damit kann der Versicherer etwa ebenso gegen den unfallfluchtigen Fahrer mit Erfolg Rückgriff nehmen.

Auch der Anspruch gegen den mitversicherten Fahrer stützt sich auf § 116 Abs. 1 VVG. Ist der Versicherer dem Versicherten gegenüber leistungsfrei, haften sie als Gesamtschuldner, wenn beide dem Geschädigten zum Schadensersatz verpflichtet waren. In Fällen der Regulierung durch den Versicherer nach § 117 VVG, also bei Leistungsfreiheit des Versicherers, greift § 116 Abs. 1 S. 2 VVG, sodass der Versicherte (Fahrer) im Innenverhältnis alleine haftet. Allerdings hat der Versicherer nach der Rechtsprechung des BGH⁴¹ nur den Rückgriffsanspruch gegen den Versicherten, der der zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer bestehenden Ausgleichsquote (§ 254 BGB) entspricht.

III. Ansprüche gegen sonstige Dritte

Neben den Rückgriffsansprüchen gegen die Versicherten können sich für den Versicherer noch Ansprüche gegen zahlreiche nicht an dem Versicherungsvertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar beteiligte Dritte ergeben.

So wird vielfach in Ruckgriffsprozessen über Ansprüche gegen andere Versicherer, deren Versicherungsnehmer und Versicherte aus gesamtschuldnerischer Haftung gestritten, wenn es mehr als einen Unfallverursacher gibt und diese als Gesamtschuldner haften. Hat der Geschädigte von seinem insoweit bestehenden Wahlrecht Gebrauch gemacht und einen der in Betracht kommenden Versicherer in Anspruch genommen, hat Letzterer einen Anspruch auf Herbeiführung des Gesamtschuldnerausgleichs nach § 426 BGB sowie zusätzlich, wenn der Versicherer im Innenverhältnis leistungsfrei ist, aus § 117 Abs. 5 VVG.

³⁹ Vgl. hierzu auch § 44 Abs. 1 S. 1 VVG.

⁴⁰ BGH VersR 2003, 445; OLG Hamm VersR 2003, 333.

⁴¹ VersR 2007, 1988; VersR 1988, 1062; str.

Auch Rückgriffsansprüche gegen die Kommunen oder Bundesländer wegen Verstoßes gegen deren Verkehrsregelungspflichten kommen in Betracht, wenn sich herausstellt, dass ein Verkehrsunfall, der für den Anspruchsteller, nicht aber für den Versicherungsnehmer, ein unabwendbares Ereignis darstellte, (auch) durch eine unklare oder falsche Verkehrsregelung (z.B. das sogenannte „feindliche Grün“⁴²) verursacht wurde. Auch in diesem Fall wird ein Rückgriffsanspruch auf § 426 BGB gestützt werden können, daneben wohl auch auf den Anspruchsübergang nach § 86 VVG, der grundsätzlich auf Haftpflichtversicherungen anwendbar ist. Im Fall von Amtspflichtverletzungen ist zusätzlich § 117 Abs. 4 VVG zu beachten.

Ein Rückgriffsanspruch des Versicherers kommt auch gegen die Werkstatt in Betracht, in welcher der Geschädigte die Reparatur durchführen ließ. Hat der Versicherer die Reparaturkosten an den Geschädigten gezahlt und stellt sich später heraus, dass die Werkstatt dem (gutgläubigen) Geschädigten Arbeiten in Rechnung gestellt hat, die nicht oder nicht in dem in Rechnung gestellten Umfang erledigt wurden, muss ein Anspruch des Versicherers gegen die Werkstatt bestehen. Da vertragliche Ansprüche ausscheiden, ein Anspruchsübergang nach § 86 VVG fraglich sein dürfte, ein Anspruch aus § 812 BGB wohl nur bestünde, wenn die Zahlung direkt an die Werkstatt erfolgt ist und an einen deliktischen Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 263 StGB hohe Darlegungs- und Beweisanforderungen zu stellen sind, wird sich der Versicherer im Zweifel die Ansprüche des Geschädigten aus dem Vertrag mit der Werkstatt abtreten lassen, um die Rückgriffsansprüche durchzusetzen.

Dies dürfte im Übrigen auch gelten, wenn der Versicherer Ansprüche gegen den Gutachter des Geschädigten durchzusetzen beabsichtigt, weil sich dessen Gutachten später (nach der Regulierung der Gutachterkosten) als falsch erweist. Daneben kommen auch vertragliche Ansprüche des Versicherers gegen den von ihm selbst im Zusammenhang mit der Sachverhaltsermittlung beauftragten Sachverständigen in Betracht, wenn sich dessen Gutachten im Nachhinein, etwa im zivilrechtlichen Verkehrsrechtsstreit, als falsch herausstellt und der Versicherer hierauf seine Ablehnung gegenüber dem Geschädigten (letztlich ohne Erfolg) gestützt hat. In diesem Fall könnte er Ansprüche auf Schadensersatz gegen den Gutachter haben.

Abschließend sei noch auf die in der anwaltlichen Praxis immer häufiger auch gerichtlich durchgesetzten Ansprüche des Versicherers gegen den Geschädigten wegen Betrugs oder ungerechtfertigter Bereicherung verwiesen, die insbesondere dann entstehen, wenn ein Geschädigter - bewusst (Betrug) oder unbewusst (straffrei) - falsche Angaben zum Unfallverlauf macht und den Versicherer dadurch zur Zahlung veranlasst. Auch die Rückzahlungsansprüche nach provozierten, gestellten oder bewusst herbeigeführten Unfällen fallen in diese Gruppe.

Da die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherer heute in alle Regel ihre Zahlungen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt leisten, dass sich später herausstellt, dass keine (volle) Haftung bestand⁴³, dürften auch dann die Ansprüche auf Rückzahlung

⁴² Vgl. zu dem Begriff: *Schwake*, Zur rechtlichen Bewertung von „feindlichem Grün“ – zugleich Besprechung des Urteils des LG Dresden v. 18.8.2006 – 6 O 1536/04 = VersR 2007, 1620.

⁴³ Ob ein solcher Vorbehalt wirksam erhoben werden kann, wenn alle Erkenntnismöglichkeiten ausgeschöpft sind, ist fraglich; siehe hierzu allgemein: *Palandt-Grüneberg* § 362 Rdnr 14

(zumindest aus § 812 Abs. 1 BGB) bestehen, wenn sich keine Betrugsabsicht nachweisen lässt.

IV. Fazit

Die Kfz-Haftpflichtversicherer sind in unterschiedlichen Konstellationen auch an Aktiv-Prozessen beteiligt, wobei es regelmäßig um die Rückerstattung bereits von ihnen geleisteter Schadensersatzzahlungen geht. Sowohl die Geltendmachung als auch die Abwehr solcher Ansprüche setzt fundierte Kenntnisse nicht nur im Verkehrs- bzw. Schadensersatzrecht voraus, sondern auch im Versicherungs-, Vertrags-, Bereicherungs- und Strafrecht. Es lässt sich eine allgemeine Tendenz feststellen, diese Ansprüche auch mit großer Nachhaltigkeit zu verfolgen, was einerseits dem immer stärker werdenden Kostendruck bei den Versicherungsgesellschaften, andererseits auch deren Verpflichtung zum wirtschaftlichen Handeln gegenüber den Versicherungsnehmern geschuldet ist.

Aus: NJ, Zeitschrift für Rechtsentwicklung und Rechtsprechung, 2/2011
<http://www.neue-justiz.nomos.de/>